

Hövermann, Andreas

Research Report

Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona - Auswirkungen für Erwerbstätige: Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020

WSI Policy Brief, No. 44

Provided in Cooperation with:

The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hövermann, Andreas (2020) : Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona - Auswirkungen für Erwerbstätige: Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020, WSI Policy Brief, No. 44, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf,
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2020071011444104053350>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/224252>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

POLICY BRIEF

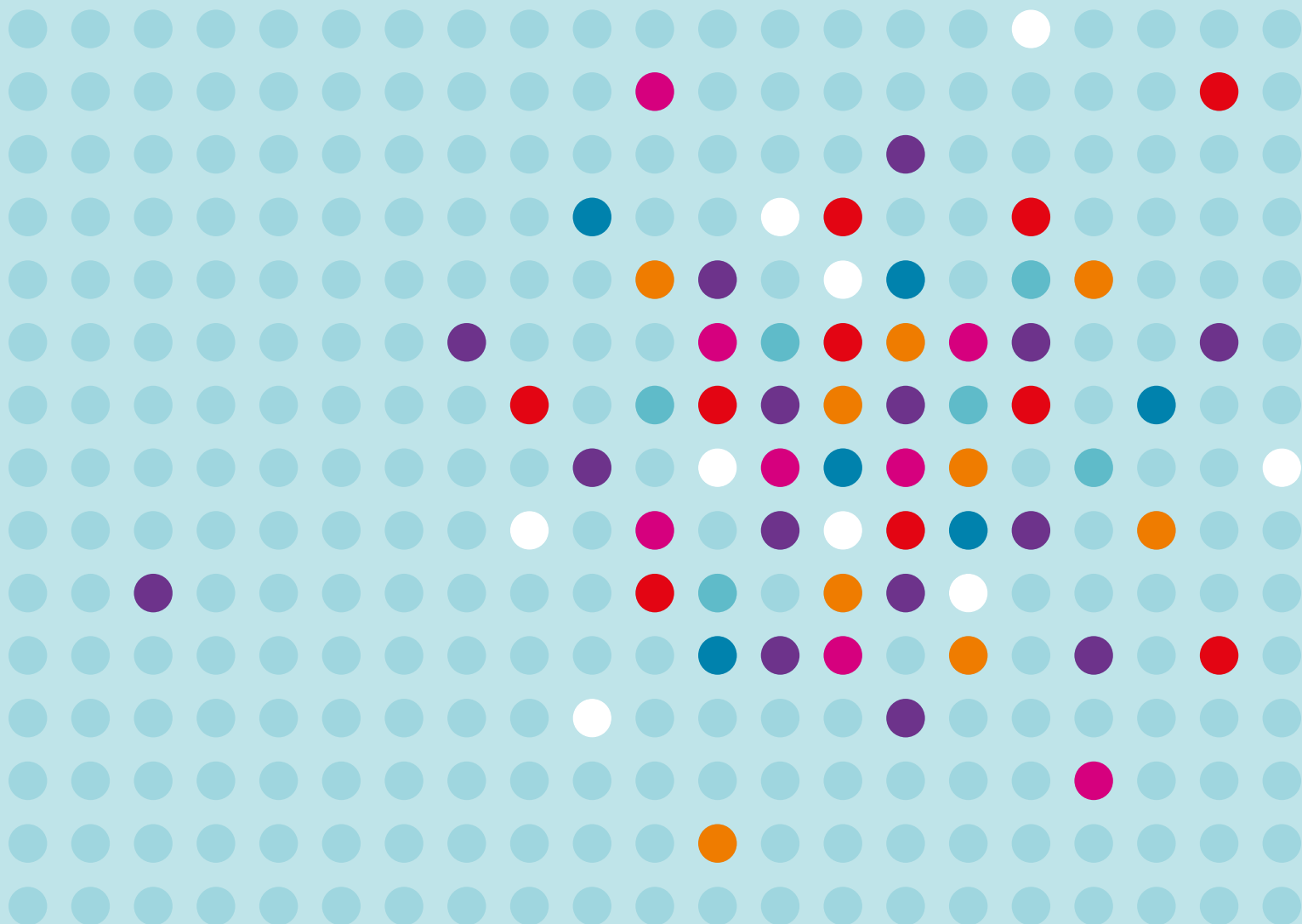
Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Nr. 44 · Policy Brief WSI · 6/2020

SOZIALE LEBENSLAGEN, SOZIALE UNGLEICHHEIT UND CORONA - AUSWIRKUNGEN FÜR ERWERBSTÄTIGE

Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020

Andreas Hövermann



1 Einleitung

Die Corona-Pandemie und die daraufhin politisch beschlossenen umfassenden Beschränkungen der Lebens- und Arbeitswelt in Deutschland stellen eine außergewöhnliche Belastungsprobe für die Gesellschaft dar. In einer noch relativ frühen Phase der Pandemie hat die Hans-Böckler-Stiftung eine Online-Panel-Studie gestartet, bei der 7.677 Erwerbstätige in Deutschland zu ihrer aktuellen Situation befragt wurden und zu späteren Zeitpunkten erneut befragt werden.

In der Zeit der Datenerhebung – Anfang April 2020 – ist der weitreichende Lockdown, der Reise- und Kontaktsperrungen, Schulschließungen sowie das weitgehende Herunterfahren des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens umfasst, bereits drei bis vier Wochen im Gange. Über 125.000 Menschen hatten sich zu diesem Zeitpunkt in Deutschland mit dem Virus infiziert und knapp 3.000 Menschen waren daran gestorben (RKI 2020). Erst am 15. April – wenige Tage nach dem Ende der Datenerhebung – wurden erste vorsichtige Lockerungen in Form von Geschäftsöffnungen mit einer Fläche bis zu 800m² bekanntgegeben.

Auch wirtschaftlich waren zu dem Zeitpunkt erste drastische Folgen spürbar: Die deutsche Wirtschaft befand sich seit Mitte März in der Rezession und der Deutsche Aktienindex (DAX) hatte nach einigen Kursstürzen rund ein Viertel seines Wertes eingebüßt. Der deutsche Export brach im April – wie später bekannt wurde – um beispiellose 31 Prozent ein (Statistisches Bundesamt 2020). Rund 725.000 Betriebe hatten Kurzarbeit angemeldet mit Schwerpunkten im Einzelhandel und dem Gastgewerbe (Bundesagentur für Arbeit 2020). In den erhobenen Daten der Online-Panel-Studie lässt sich erkennen, dass 14 Prozent der Befragten in abhängiger Beschäftigung angaben, momentan in Kurzarbeit zu sein. Rechnet man diese Zahl auf die Gesamtzahl der Beschäftigten hoch, entspräche dies ca. 4 Millionen Beschäftigter in Kurzarbeit (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2020). Rund zwei Wochen vor Beginn der Datenerhebung beschloss der Bundestag im Eilverfahren ein Milliardenpaket an Hilfsmaßnahmen zur Stabilisierung des Gesundheitswesens und der Wirtschaft, u. a. mit unbegrenzten staatlichen Garantien für Kreditaufnahmen.

Der vorliegende Policy-Brief analysiert anhand der Daten der Online-Panel-Studie die Auswirkungen für Erwerbstätige in Folge der Corona-Pandemie. Dabei wird unterschieden zwischen subjektiv empfundenen Sorgen und Belastungen der eigenen finanziellen und wirtschaftlichen Situation und bereits erfahrenen Einbußen. Die insgesamt explorativ vorgehenden Analysen verfolgen das Ziel herauszufinden, inwieweit sich soziale Lebenslagen und soziale Ungleichheit auch in den Auswirkungen der Corona-Pandemie widerspiegeln. Welche Rolle spielen hier benachteiligte Lebenslagen oder prekäre Arbeitsbedingungen?

2 Datensatz

Grundlage der vorliegenden Analysen ist die 1. Welle einer im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung von KANTAR durchgeführten Panelbefragung der Erwerbstätigen in Deutschland (vgl. Kohlrausch/Zucco 2020). Dieselben Personen werden zu einem späteren Zeitpunkt erneut befragt, sodass dann Veränderungen auf individueller Ebene messbar werden. Die Interviews wurden als Computergestützte Online-Interviews (CAWI) im Zeitraum vom 03. bis 14. April 2020 durchgeführt und 7.677 Erwerbspersonen ab 16 Jahren befragt. Die Stichprobe basiert auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines Online-Access-Panels. Dabei wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand von festgelegten Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung abgebildet und zusätzlich mit Gewichten nachträglich korrigiert. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen aus der amtlichen Statistik. Das bedeutet, dass eine Stichprobe erhoben wurde, die die Erwerbsbevölkerung entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet. Gleichwohl handelt es sich nicht um eine Zufallsstichprobe, welche nach wie vor als „Goldstandard“ für die Erhebung repräsentativer Stichproben gilt, sondern basiert auf einem sogenannten Access-Panel, für das sich Personen freiwillig gemeldet haben, um an Umfragen wie dieser teilzunehmen. Dieses Verfahren hat jedoch den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilmäßig besser abgebildet und erreicht werden können. Zudem ermöglichen Online-Befragungen eine kurzfristigere Erhebung dynamischer Situationen wie der Corona-Pandemie, als es beispielsweise langwierigere und komplexere Telefon-Stichproben können. Die anhand Online-Stichproben deutlich einfacher erreichbare hohe Teilnehmerzahl ermöglicht zudem die detaillierte Auswertung und Analyse bestimmter Teilgruppen.

3 Soziale und wirtschaftliche Corona-Folgen

Um wirtschaftliche Corona-Auswirkungen für Erwerbstätige zu messen, wird im Folgenden zwischen einerseits subjektiv empfundenen finanziellen Sorgen und Belastungen und andererseits tatsächlich bereits erlebten (oder anstehenden) Einbußen finanzieller oder arbeitsvertraglicher Art unterschieden. Ersteres fokussiert somit den Aspekt der individuell wahrgenommenen, potenziell dennoch massiv stressauslösenden Sorgen und Belastungen ohne dass zwangsläufig bereits Einbußen eingetreten sein müssen. Letzteres hingegen nimmt stärker die objektiven Kriterien der Einbußen in den Blick, unabhängig davon, wie belastend und sorgbereitend diese für die Befragten sind.

3.1 Finanzielle Sorgen und Belastungen

Im Fragebogen der Erhebung bieten sich zwei Fragen an, um die finanziellen Sorgen und Belastungen der Befragten zu messen (Tabelle 1). Zum einen wurde konkret gefragt „als wie belastend empfinden Sie Ihre derzeitige finanzielle Situation“ mit den Antwortmöglichkeiten „äußerst“, „stark“,

„etwas“, „kaum“ und „gar nicht belastend“. Hohe Belastungswerte werden hier von knapp einem Viertel der Erwerbstätigen angegeben (9,7 Prozent „äußerst“, 13,5 Prozent „stark“). Umgekehrt gibt jedoch auch rund die Hälfte der Erwerbstätigen an, „kaum“ oder „gar nicht“ durch die finanzielle Situation belastet zu sein, sodass viele Erwerbstätige in Deutschland zu dem Zeitpunkt kaum von wirtschaftlichen Belastungen infolge der Pandemie betroffen zu sein scheinen.

Tabelle 1: Zustimmung zu Antwortausprägungen Sorgen und Belastungen
Angaben in Prozent

	äußerst belastend	stark belastend	etwas belastend	kaum belastend	gar nicht belastend
Belastungsgefühl: finanzielle Situation, N=7618	9,7	13,5	27,3	26	23,5
		große Sorgen	einige Sorgen	keine Sorgen	
Sorgen: Um Ihre eigene wirtschaftliche Situation, N=7677		23,5	46,5	30	
	keine oder eher geringe finanzielle Sorgen und Belastungen		große Sorgen um eigene wirtschaftliche Situation und äußerst oder stark belastende finanzielle Situation		
große finanzielle Sorgen und Belastungen, N=7618	82,9		17,1		

Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.



Eine zweite Frage erfasste, wie stark sich die Erwerbstätigen Sorgen machen „um ihre eigene wirtschaftliche Situation“ mit den Antwortmöglichkeiten „große Sorgen“, „einige Sorgen“ und „keine Sorgen“. Hier geben nahezu identisch zu den hohen Belastungen 23,5 Prozent der Befragten an, dass sie sich „große Sorgen“ machen, während 30 Prozent „keine Sorgen“ äußern.

Diese beiden Fragen sind im Datensatz signifikant und hoch positiv ($r = 0,66^{***}$) korreliert. Das bedeutet, dass Personen, die sich um ihre eigene wirtschaftliche Situation sorgen, auch mit hoher Wahrscheinlichkeit hohe Belastungswerte zu ihrer derzeitigen finanziellen Situation angaben.¹ Aus Gründen der Übersichtlichkeit für die folgenden Analysen, werden die beiden Aussagen in einer neuen Variablen zusammengefasst, indem Befragte, die sich „große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation“ machen

¹ Der Fragebogen erfasst zudem drei weitere Fragen, die ebenfalls wirtschaftliche Sorgen und Belastungen erfassen – konkret die Fragen nach dem Belastungsgefühl der „Arbeitssituation“, der „Gesamtsituation“ sowie eine Ja/Nein-Frage: „Befürchten Sie, dass Sie in nächster Zeit arbeitslos werden können“. All diese Fragen sind hoch mit den beiden zuerst vorgestellten Fragen korreliert, sind aber von weniger Befragten beantwortet worden oder zeigten in einer Faktorenanalyse geringere Faktorladungen – beschreiben also vereinfacht formuliert die Dimension der „Sorgen und Belastungen“ weniger gut, als die ersten beiden Hauptindikatoren. Aus Sparsamkeitsgründen und um möglichst viele Befragte in den Analysen zu berücksichtigen wird sich im Folgenden auf die zuerst vorgestellten beiden Hauptfragen beschränkt.

und gleichzeitig eine „äußerst“ oder „starke“ Belastung ihrer derzeitigen finanziellen Situation geäußert haben, zusammengefasst werden. In diesem eher strengen Maß – da beide Kriterien (Sorgen und Belastungen) erfüllt sein müssen – ergeben sich 17,1 Prozent der Erwerbstätigen als hoch finanziell belastet und mit großen Sorgen über ihre wirtschaftliche Situation.

3.2 Einbußen

Zur Messung der Einbußen werden ebenfalls zwei Fragen aus dem Fragebogen herangezogen (Tabelle 2). Die erste fragt konkret nach dem Einfluss der Corona-Epidemie auf die aktuelle Arbeitssituation der Befragten. Neben Antwortmöglichkeiten, die eher auf Änderung des realen Arbeitsumfangs fokussieren, konnte auch von den Befragten angegeben werden, ob ihre vertragliche Arbeitszeit im Zuge der aktuellen Situation reduziert wurde (2,5 Prozent Zustimmung), ob sich die Befragten in Kurzarbeit befinden (14,3 Prozent Zustimmung), ob sie derzeit freigestellt wurden (4,4 Prozent Zustimmung) oder ob sie sich derzeit krisenbedingt im Urlaub befinden (3,5 Prozent Zustimmung).² Erneut werden aus Darstellungsgründen alle zuletzt aufgeführten Antwortausprägungen in einer neuen Variable zur Ausprägung „negative Änderung der Arbeitssituation“ zusammengefasst. Knapp ein Viertel der Erwerbstätigen fallen hier unter diese Kategorie – haben also eine der oben genannten Einschränkungen erfahren, während drei Viertel keine Änderung hinnehmen mussten.

Die zweite hier relevante Frage bezieht sich auf Auswirkungen auf das Einkommen. Konkret wurde nach dem Haushaltseinkommen gefragt und folgende drei Antwortausprägungen angeboten: „Die Corona-Epidemie hat sich bereits negativ auf unser Haushaltseinkommen ausgewirkt“ (25,4 Prozent Zustimmung), „Die Corona-Epidemie hat sich bisher noch nicht negativ auf unser Haushaltseinkommen ausgewirkt, ich erwarte dies jedoch für die Zukunft“ (34,7 Prozent Zustimmung) und „Ich glaube nicht, dass sich die Corona-Epidemie negativ auf unser Haushaltseinkommen auswirken wird“ (40 Prozent Zustimmung).³ Hier ist hervorzuheben, wie weit die bereits eingetretenen oder erwarteten Einkommenseinbußen mit 60 Prozent unter den Erwerbstätigen verbreitet sind.

Wenig überraschend sind auch diese beiden Fragen signifikant miteinander korreliert ($r = 0,37^{***}$), sodass Befragte, die negative Auswirkungen auf ihre Arbeitssituation hinnehmen mussten auch eher negative Auswirkungen auf das Haushaltseinkommen zu verkraften hatten. Analog zur Vorgehensweise bei den Sorgen und Belastungen, werden die beiden Aussagen zu einem eher strengen Maß der Einbußen zusammengefasst, indem Befragte,

² Hier ist zu berücksichtigen, dass sich im Fragebogen die Antwortausprägungen gegenseitig ausschließen – die Befragten also nur eine Option auswählen konnten, auch wenn in einigen Fällen eventuell mehrere Optionen zutreffen könnten.

³ Diese Frage wurde mit denselben Antwortausprägungen auch für das persönliche Einkommen erfragt. Im Folgenden wird jedoch auf das Haushaltseinkommen fokussiert, da dieses eine umfassendere Angabe der Situation im Haushalt ermöglicht, da es auch das Einkommen des potenziellen Partners oder der Partnerin erfasst. Bei partnerlosen Befragten wurde im Folgenden statt des Haushaltseinkommens das persönliche Einkommen abgebildet.

die eine Form der negativen Auswirkungen auf die Arbeitssituation angeben, und darüber hinaus Einkommenseinbußen hinnehmen mussten (oder diese in Zukunft erwartet), kombiniert wurden. Hier lassen sich 21,3 Prozent der Erwerbstätigen zusammenfassen.

Tabelle 2: Zustimmung zu Antwortausprägungen Einbußen
Angaben in Prozent

	Keine Änderung	Änderung: Kurzarbeit, Freistellung, krisenbedingter Urlaub, vertragliche Arbeitszeitreduktion
Änderung der Arbeitssituation durch Corona-Epidemie, N=7408	75,2	24,8
	Ich glaube nicht, dass sich die Corona-Epidemie negativ auf unser HH-Einkommen auswirken wird	Die Corona-Epidemie hat sich bereits (oder es wird erwartet) negativ auf unser HH-Einkommen ausgewirkt
Einfluss auf Haushaltseinkommen, N=7451	40,0	60,0
	keine Einbußen bei Arbeitssituation und Einkommen	bereits Einbußen bei Arbeitssituation und Einkommen
Einbußen: Änderung der Arbeitssituation und Einkommenseinbußen (tatsächlich oder erwartet)	78,7	21,3

Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.



Betrachtet man die Zusammenhänge zwischen den beiden im Folgenden relevanten individuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie – den Sorgen und Belastungen auf der einen Seite und den Einbußen auf der anderen – so zeigt sich, wie zu erwarten, auch hier eine statistisch signifikant positive Korrelation ($r = 0,33^{***}$). Häufig – jedoch keineswegs immer – fallen also die subjektive Sorgen und Belastungen mit objektiv bereits eingetretenen Einbußen zusammen. Neben der relevanten inhaltlichen Unterscheidung (subjektive Sorge vs. objektive Einbußen) erscheint es somit auch empirisch als gerechtfertigt, diese beiden Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Corona-Auswirkungen im Folgenden separat zu analysieren.

4 Methodische Vorgehensweise

In fünf Abschnitten werden im Folgenden verschiedene Indikatoren Sozialer Lebenslagen und Sozialer Ungleichheit zu den eingeführten Corona-Folgen explorativ in Beziehung gesetzt. Dabei werden zunächst demographische Faktoren, gefolgt von Schicht und Statusmerkmalen sowie prekären Arbeitsbedingungen berücksichtigt. Daran anschließend werden Merkmale der Branche, des Betriebs und der Mitbestimmung sowie der Stellung der Tätigkeit analysiert, bevor abschließend regionale Faktoren in den Blick genommen werden.

Hierzu werden die Zustimmungshäufigkeiten der Sorge und Belastung einerseits und der Einbußen andererseits je nach betrachteter Gruppe dargestellt und miteinander verglichen – also ob beispielsweise Männer seltener Einbußen hinnehmen mussten als Frauen.

Diese Gruppenunterschiede stellen jedoch nicht zwangsläufig auch statistisch signifikante Unterschiede dar. Statistisch signifikante Unterschiede implizieren, dass mit einer hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass diese Unterschiede nicht nur in der Stichprobe, sondern auch in der gesamten Erwerbsbevölkerung Deutschlands vorliegen. So genannte Post-Hoc-Tests können genau diese Information liefern. Dazu wird in einem ersten Schritt eine Varianzanalyse (ANOVA) durchgeführt, die generell testet, ob zwischen den betrachteten Gruppen signifikante Unterschiede in ihren Aussagen vorliegen. Unterschiede mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von über 5 Prozent gelten im Folgenden als statistisch nicht signifikant. Das genaue Signifikanzniveau dieser Varianzanalysen wird in den Abbildungen in der Legende oder neben dem jeweiligen Item angezeigt: Irrtumswahrscheinlichkeiten unter 5 Prozent werden mit einem * markiert, unter 1 Prozent mit ** und unter 0,1 Prozent mit ***.

Falls mehr als zwei Gruppen verglichen werden, also beispielsweise Befragte in Betrieben mit unterschiedlicher Betriebsgröße, werden in einem zweiten Schritt Duncan-Tests durchgeführt, aus denen darüber hinaus geschlossen werden kann, bei welchen Gruppen die Sorgen und Belastungen oder die Einbußen signifikant größer oder kleiner sind als in anderen Gruppen. Die Ergebnisse der Duncan-Tests stehen immer unter den Abbildungen. So bedeutet beispielsweise im Fall des Vergleichs zwischen Befragten in unterschiedlicher Betriebsgröße die Angabe „u5 > 5-19 > 20-499 > 500-ü2000“, dass die Werte von Befragten in Betrieben mit weniger als fünf MitarbeiterInnen signifikant höher sind, als die von Befragten in Betrieben mit fünf bis 19 MitarbeiterInnen. Letztere sind wiederum signifikant höher als die Werte von Befragten in Betrieben mit 20 bis 499 MitarbeiterInnen, welche wiederum signifikant höher sind als Werte von Befragten in Betrieben mit mehr als 500 MitarbeiterInnen.

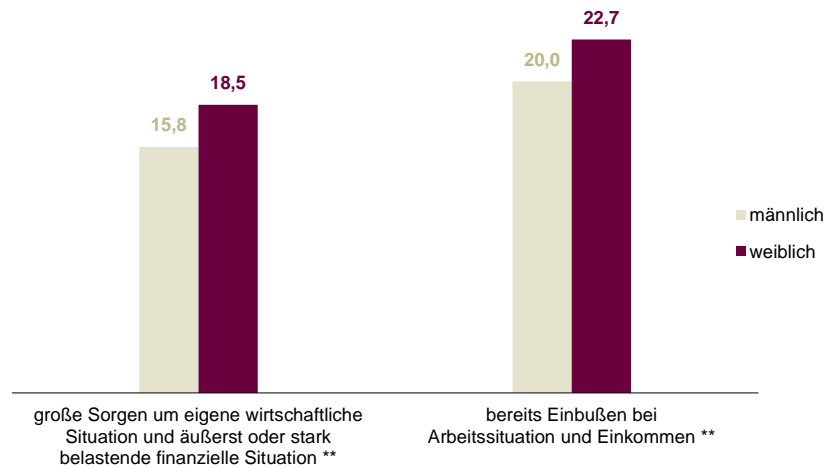
5 Wen treffen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie?

5.1 Demographie

Betrachtet man zunächst die demographischen Merkmale und beginnt mit dem Geschlecht, zeigen sich sowohl für die Sorgen und Belastungen als auch für die Einbußen statistisch signifikante Differenzen zwischen Frauen und Männern. Frauen sind zu einem größeren Anteil von negativen Corona-Folgen betroffen, da sie sowohl häufiger Sorgen und Belastungen wahrnehmen, als auch häufiger bereits Einbußen hinnehmen mussten (Abb. 1). Dies bestätigt den bereits von Kohlrausch und Zucco (2020) hervorgebrachten Befund, dass Frauen in der Corona-Pandemie zusätzlich zur Last der vermehrten Kinderbetreuung eine stärkere Last der verminderten

Erwerbstätigkeit tragen. Darüber hinaus fügt es den Aspekt hinzu, dass Frauen auch häufiger durch finanzielle Sorgen belastet sind.

Abb. 1: Sorge, Belastung und Einbußen nach Geschlecht
Angaben in Prozent

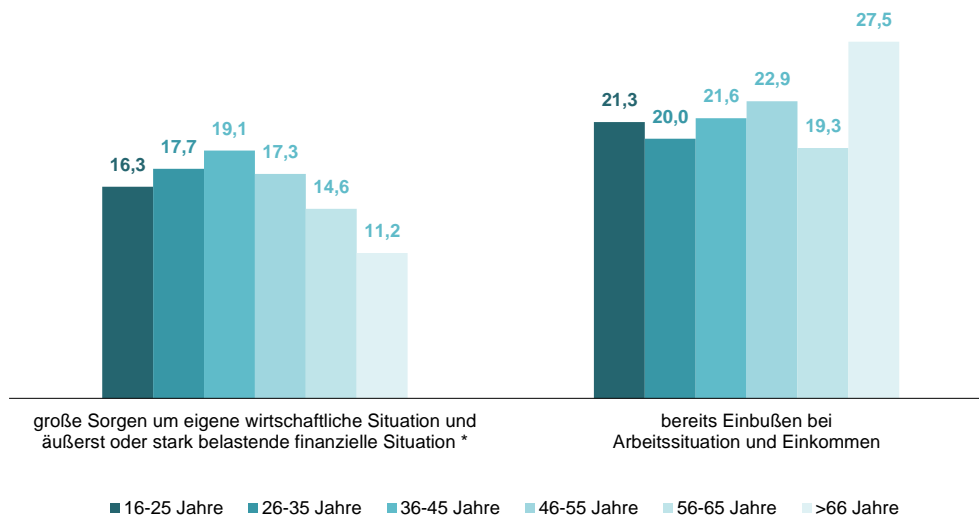


Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.

WSI

Wenn das Alter der Erwerbstätigen betrachtet wird, fallen die Unterschiede zwischen den meisten Altersgruppen nicht ganz so groß aus (Abb. 2). Einzig die Gruppe der ältesten Erwerbstätigen über 66 Jahren zeigt signifikant abweichende Werte von denen der anderen Gruppen: einerseits äußern die ältesten Erwerbstätigen seltener Sorgen und Belastungen, andererseits aber häufiger Einbußen. Diese Abweichungen sind vermutlich in der Sonderrolle dieser Altersgruppe zu erklären, da diese Erwerbstätigen vermutlich häufig am Ende oder zumindest nicht mehr weit vom Ende ihrer Lebensarbeitszeit stehen. Dies kann erklären, dass sie sich perspektivisch nicht mehr allzu stark von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen fühlen und vermutlich besonders häufig wegen ihres Risikogruppenstatus Arbeitssituationsänderungen eingetreten sind, um Kontaktsituationen zu reduzieren.

Abb. 2: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Altersgruppen
Angaben in Prozent



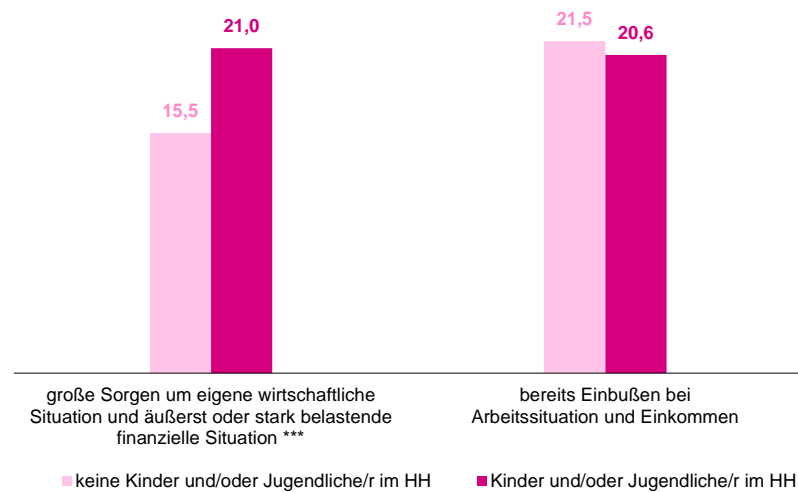
Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.
Duncan: Sorgen: ü66 < alle außer 56-65; Einbußen ü66 > alle außer 46-55.



Des Weiteren wurde in der Studie erhoben, ob im Haushalt der Erwerbstätigen Kinder oder Jugendliche wohnen. Vergleicht man die Werte der kinderlosen Erwerbstätigen mit denen von Erwerbstätigen mit Kindern, fallen vor allem für die Sorgen und Belastungen signifikant höhere Werte für Erwerbstätige mit Kindern ins Auge. (Abb. 3). Hier lässt sich die häufig sehr belastende Situation für Eltern durch die Schließung von Kitas und Schulen ablesen, die häufig zu einer enormen Doppelbelastung führt (siehe hierzu auch die Analysen von Kohlrausch und Zucco 2020).⁴ Bei den Einbußen hingegen unterscheiden sich die Befragten mit und ohne Kinder nicht signifikant voneinander.

⁴ Detaillierte Analysen von Hövermann (2020) offenbarten zudem eine besonders belastende Situation für Alleinerziehende, die mit den höchsten Belastungswerten auffielen.

Abb. 3: Sorge, Belastungen und Einbußen nach Kindern oder keinen Kindern im Haushalt
Angaben in Prozent

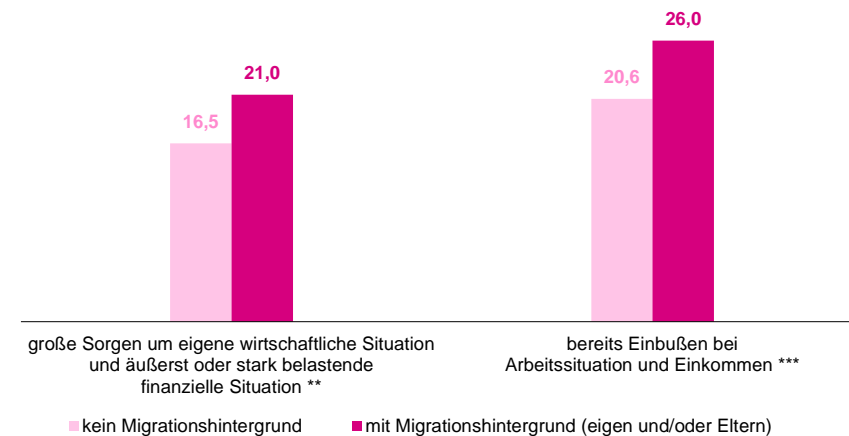


Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.



Besonders große Unterschiede fallen zudem in Bezug auf den Migrationshintergrund der Befragten auf. Erwerbstätige mit eigenem oder Migrationshintergrund der Eltern äußern nicht nur deutlich häufiger Sorgen und Belastungen ihrer wirtschaftlichen Situation, sondern sind auch deutlich häufiger von Einbußen betroffen als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund (Abb. 4). Dieser Befund ist auch nicht auf andere Variablen, wie beispielsweise eine unter Umständen niedrigere Schulbildung unter Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund äußern häufiger Sorgen und Belastungen und stärkere Einbußen als Befragte ohne Migrationshintergrund in allen Schulabschlussabstufungen; also beispielsweise auch unter Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss.

Abb. 4: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Migrationshintergrund
Angaben in Prozent



Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.

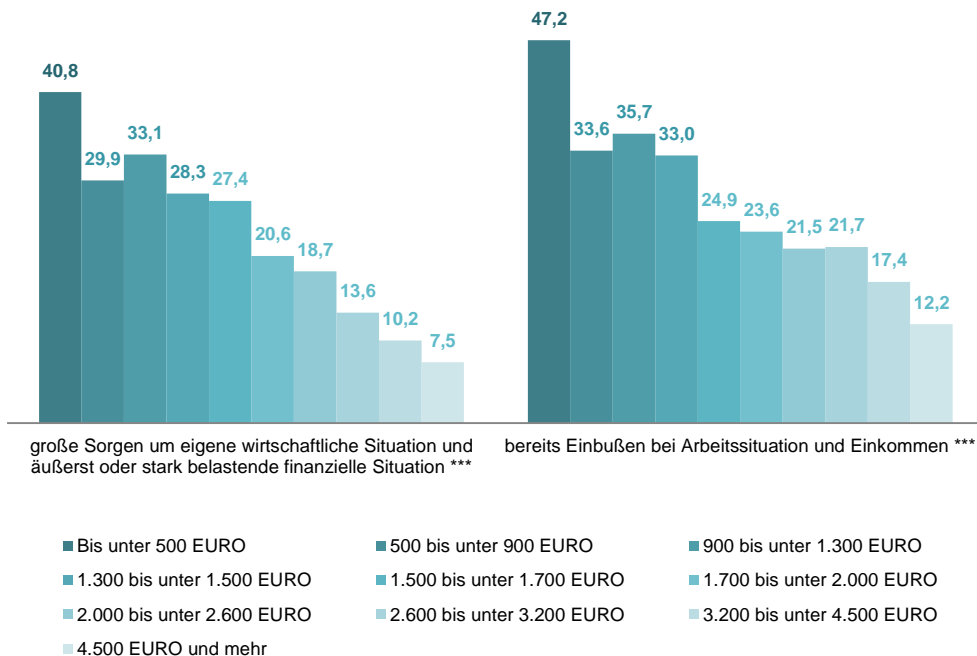


5.2 Schicht- und Statusindikatoren

Um die Schichtzugehörigkeit oder den Status der Befragten zu erheben, wird zunächst das Haushaltseinkommen der befragten Erwerbstätigen herangezogen. In Abbildung 5 zeigt sich ein nahezu perfekter linearer Zusammenhang: je geringer das Haushaltseinkommen der Erwerbstätigen, desto häufiger äußern sie zum einen große Sorgen und Belastungen und zum anderen Einbußen bei der Arbeitssituation und dem Einkommen. Bemerkenswert ist nicht nur die beschriebene Linearität, sondern auch das Ausmaß der Unterschiede. Während in der niedrigsten Einkommensgruppe rund 30 bis 47 Prozent betroffen sind – also in erstaunlicher Breite – so sind es in den höchsten Einkommensgruppen nur rund 7 bis 17 Prozent und damit eher Ausnahmen. Der Befund des hier aufgezeigten Zusammenhangs ist in seiner Stärke und Eindeutigkeit beträchtlich.

Bei diesen Analysen gilt es zu berücksichtigen, dass die Einbußen-Variable potenziell in gewissem Ausmaße logisch mit der Einkommensvariable verknüpft ist, insofern als Befragte mit Einkommenseinbußen eben *aufgrund* jener Einbußen niedrigere Einkommen aufweisen. Dennoch müsste der oben beschriebene Zusammenhang zwangsläufig keineswegs so vorliegen, da genauso gut denkbar wäre, dass vor allem die einkommensstarken Erwerbstätigen Einbußen hinnehmen mussten.

Abb. 5: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Haushaltseinkommen
Angaben in Prozent

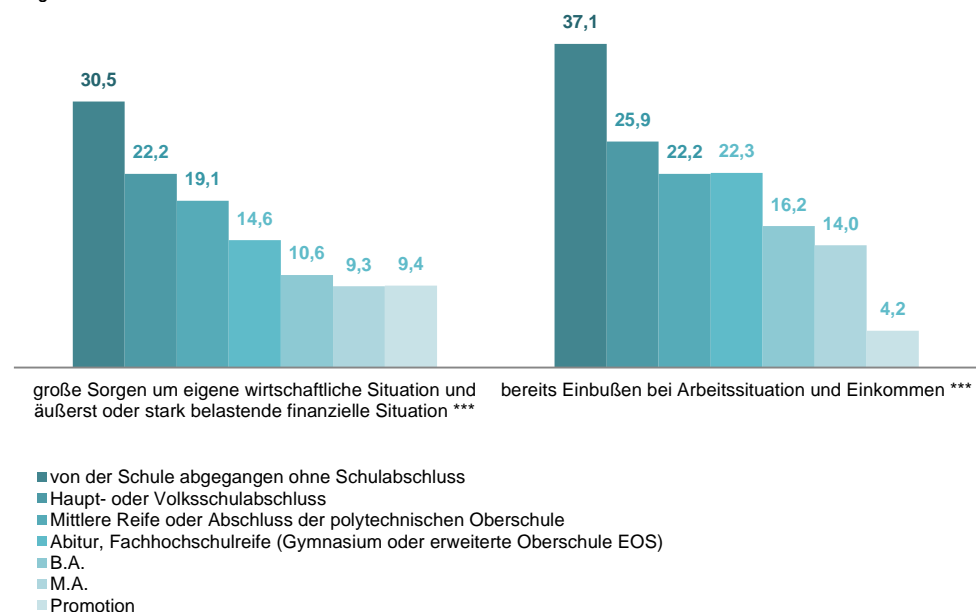


Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.
Duncan: Sorgen: u500€ > 500-1700€ > 1700-2600€ > ü4500€; 3200-3400€, 2600-3200€; Einbußen: u500 > 500-1500€ > 1500-4500€ > ü4500€



Der zweite hier berücksichtigte Schicht- und Statusindikator ist der höchste erreichte Schul- bzw. Hochschulabschluss. Analog zum Haushaltseinkommen zeigen sich hier erhebliche Unterschiede zwischen den Befragten mit unterschiedlichen erreichten Abschlüssen sowie erneut ein nahezu perfekter linearer Zusammenhang: je niedriger der erreichte Schul- oder Hochschulabschluss der Erwerbstätigen, desto häufiger äußern sie Sorgen und Belastungen oder mussten Einbußen hinnehmen (Abb. 6). Zum einen fällt hier der Unterschied zwischen den erreichten Schulabschlüssen auf. Zum anderen zeigen sich Hochschulabsolventen (B.A., M.A., Promotion) als auffällig selten und teilweise nur in Ausnahmen von den beschriebenen negativen Folgen der Corona-Pandemie betroffen.

Abb. 6: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Schul-/Hochschulabschluss
Angaben in Prozent



Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.
Duncan: Sorgen: ohne Schulabschluss > Haupt-/Volksschulabschluss, Mittlere Reife > Abitur > B.A., M.A., Promotion;
Einbußen: ohne Schulabschluss > Haupt-/Volksschulabschluss, Mittlere Reife, Abitur > B.A., M.A. > Promotion

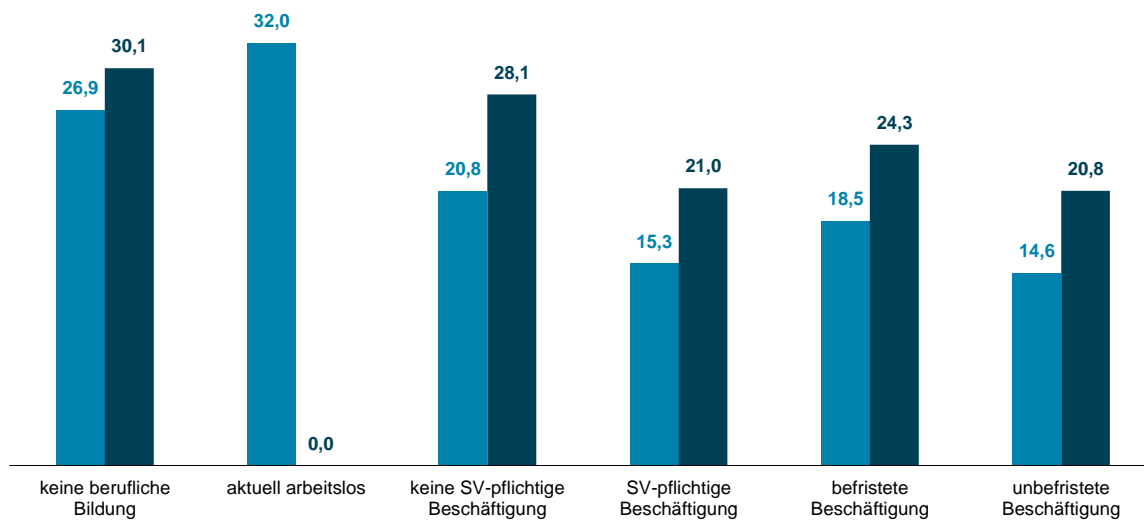
WSI

5.3 Prekarität

Im Folgenden sollen einige Bedingungen, die häufig als prekär oder atypisch beschrieben werden, detaillierter betrachtet werden in Bezug auf die beschriebenen wirtschaftlichen und sozialen Corona-Folgen.

Das empirische Bild, das sich ergibt, bestätigt und unterstreicht die zuvor bereits aufgezeigten Befunde von deutlich weiter verbreiteten Corona-Folgen im Prekariat (Abb. 7). Befragte ohne berufliche Bildung sowie Arbeitslose zeigen deutlich erhöhte Sorgen und Belastungen auf; im Falle der Befragten ohne berufliche Bildung auch deutlich häufiger Einbußen. Ebenso sind die Werte von befristeten oder nicht-sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten deutlich höher als die der jeweiligen Gegenkategorie – also der sozialversicherungspflichtigen und unbefristet Beschäftigten.

Abb. 7: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Präkaritätsindikatoren
Angaben in Prozent



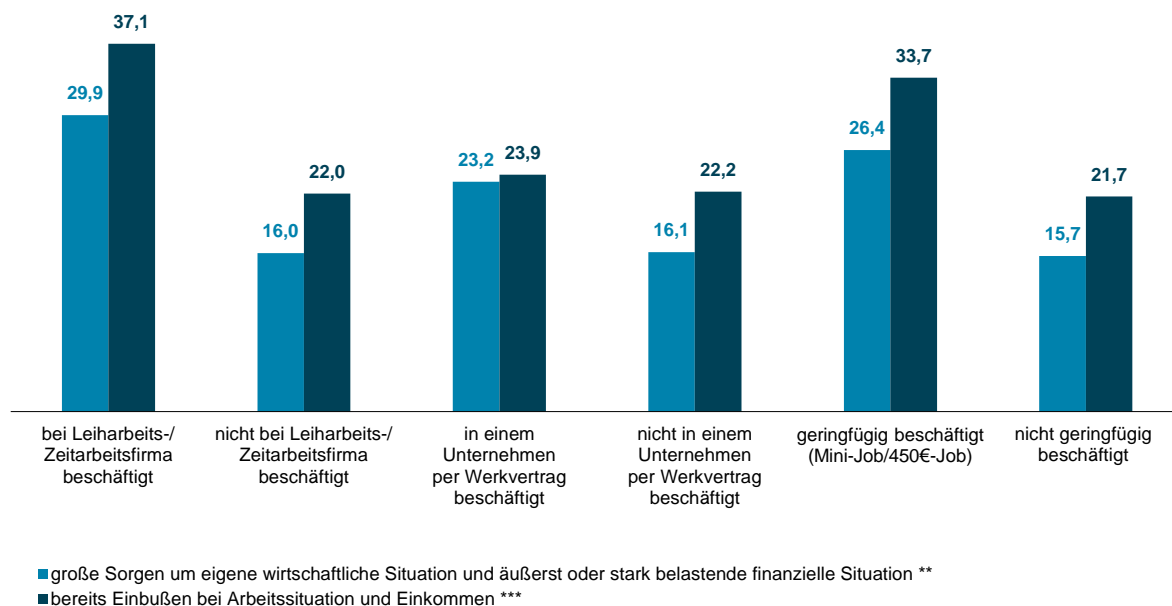
■ große Sorgen um eigene wirtschaftliche Situation und äußerst oder stark belastende finanzielle Situation **
 ■ bereits Einbußen bei Arbeitssituation und Einkommen ***

Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.

WSI

Dieses Muster bestätigt sich auch für die weiteren Indikatoren prekärer und atypischer Beschäftigung in Abbildung 8. Befragte bei einer Leih-/Zeitarbeitsfirma, per Werkvertrag oder geringfügig Beschäftigte zeigen deutlich häufiger große Belastungen und Sorgen sowie Einbußen, als Befragte in den seltener werdenden Normalarbeitsverhältnissen. Die Verbreitung der negativen Auswirkungen sind hier teilweise beachtlich: mehr als ein Drittel der Beschäftigten bei Leiharbeits-/Zeitarbeitsfirmen oder der geringfügig Beschäftigten hat bereits Einbußen hinnehmen müssen.

Abb. 8: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Präkaritätsindikatoren
Angaben in Prozent



Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.

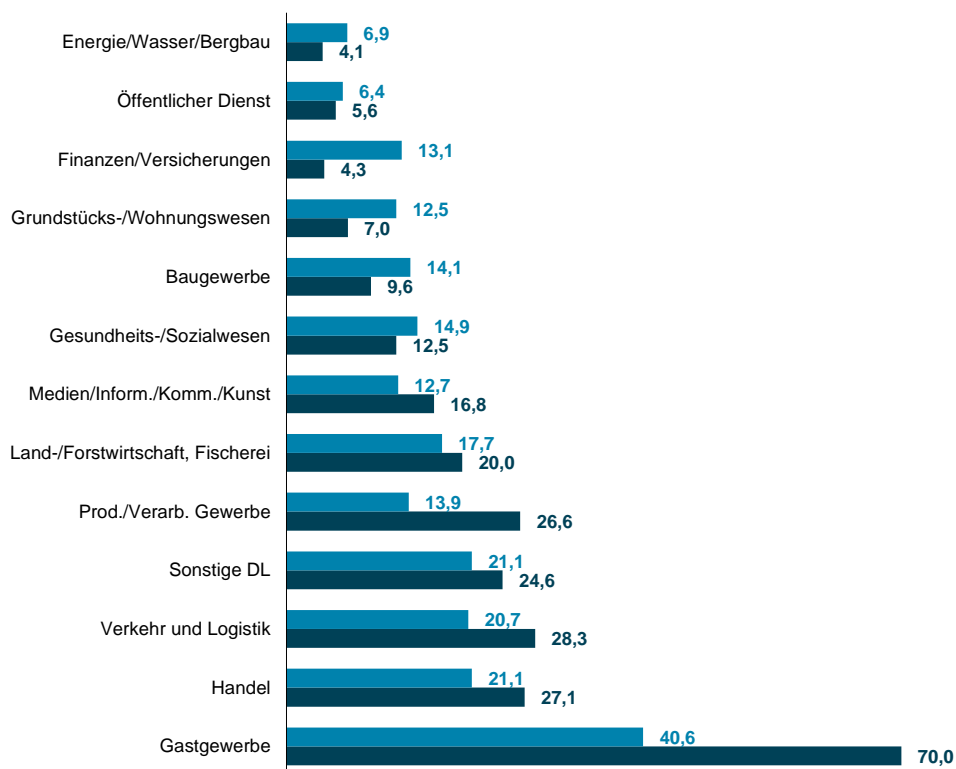
WSI

5.4 Branche, Betrieb und Mitbestimmung

Inwieweit sich die Folgen anhand der Branchen oder Betriebe, in denen die Befragten beschäftigt sind, unterscheiden, wird im Folgenden betrachtet.

Die Sorgen, Belastungen und Einbußen zeigen sich als sehr unterschiedlich verteilt je nach Branche, in der die Erwerbstätigen beschäftigt sind (Abb. 9). Während im öffentlichen Dienst, in der Energie, Wasserversorgung und Bergbau oder aber auch in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen kaum Sorgen und Belastungen oder Einbußen geäußert wurden, zeigen sich Beschäftigte im Handel und der Verkehrs- und Logistikbranche als deutlich häufiger betroffen. Mit großem Abstand stehen jedoch die Befragten im Gastgewerbe mit außerordentlich häufig berichteten Sorgen- und Belastungswerten und Einbußen hervor. Diese sind sicher mit den starken Beschränkungen für diese Branche zur Zeit der Befragung zu erklären, die die Branche nahezu zu einem kompletten Stillstand zwang.

Abb. 9: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Branche
Angaben in Prozent



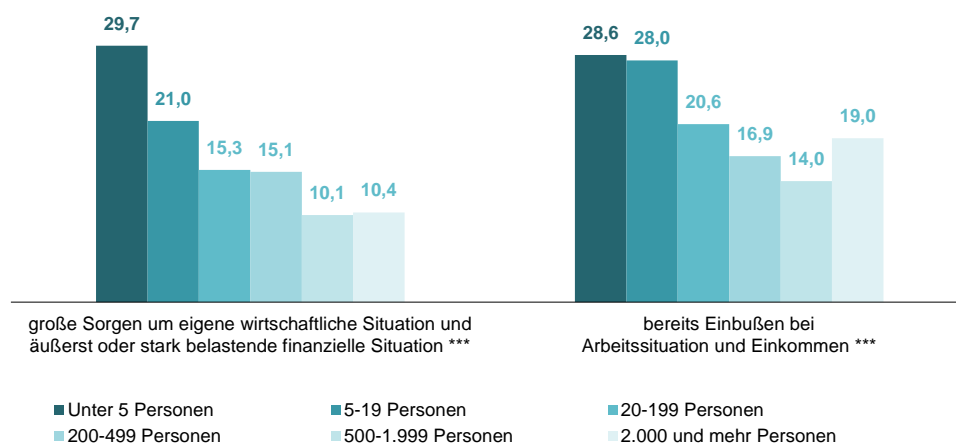
- große Sorgen um eigene wirtschaftliche Situation und äußerst oder stark belastende finanzielle Situation ***
- bereits Einbußen bei Arbeitssituation und Einkommen ***

Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.
Duncan: Sorgen: Gastgewerbe > sonstige Dienstleistungen, Handel, Verkehr/Logistik > Land-/Forstwirtschaft, Gesundheits-/Sozialwesen, Baugewerbe, Prod./Verarb. Gewerbe, Finanzen/Versicherungen, Medien/Inform./Komm./Kunst, Grundstücks-/Wohnungswesen > Energie/Wasser/Bergbau, ÖD; Einbußen: Gastgewerbe > Verkehr & Logistik, Handel, Prod./Verarb. Gewerbe > sonstige Dienstleistungen, Land-/Forstwirtschaft > Medien/Inform./Komm./Kunst > Gesundheits-/Sozialwesen > Baugewerbe, Grundstücks-/Wohnungswesen > ÖD, Finanzen/Versicherungen, Energie/Wasser/Bergbau.



Bezüglich der Eigenschaften des Betriebs fallen zunächst die Unterschiede hinsichtlich der Betriebsgröße ins Auge (Abb. 10). Sowohl Sorgen und Belastungen, als auch Einbußen werden häufiger von Erwerbstätigen in kleinen Betrieben berichtet. Die Befunde deuten an, dass gilt: je größer der Betrieb, desto seltener die negativen Corona-Folgen – mit einer Ausnahme dieser Linearität bei den Großbetrieben mit mehr als 2.000 Befragten. Hier sind die Werte leicht höher als bei den Erwerbstätigen der nächstkleineren Betriebsgröße.

Abb. 10: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Betriebsgröße

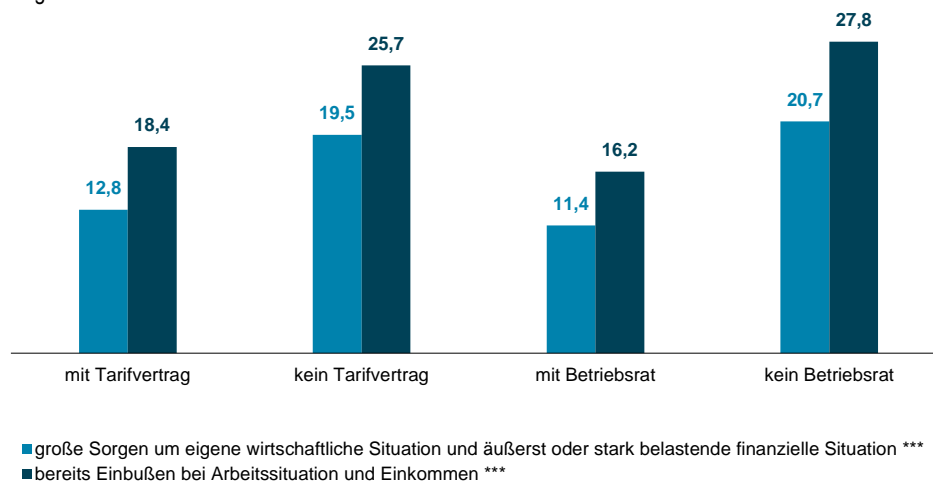


Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.
 Duncan: Sorgen: u5> 5-19> 20-499> 500-ü2.000; Einbußen: u20> alle anderen

WSI

Wie groß die Rolle von Tarifverträgen und Mitbestimmungsorganen wie Betriebsräten für die Corona-Auswirkungen bei Erwerbstätigen sind, zeigen die Befunde in Abbildung 11. Befragte, die in Betrieben ohne Tarifvertrag angestellt sind, äußern signifikant häufiger Sorgen und Belastungen und mussten auch häufiger Einbußen hinnehmen. Gleiches Muster zeigt sich im Vergleich der Befragten, die in Betrieben mit und ohne Betriebsrat angestellt sind. Diese Befunde deuten eindeutig darauf hin, wie stark das Vorhandensein von Betriebsräten und Tarifverträgen Erwerbstätige vor den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie schützen können.

Abb. 11: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Tarifvertrag und Betriebsrat
 Angaben in Prozent

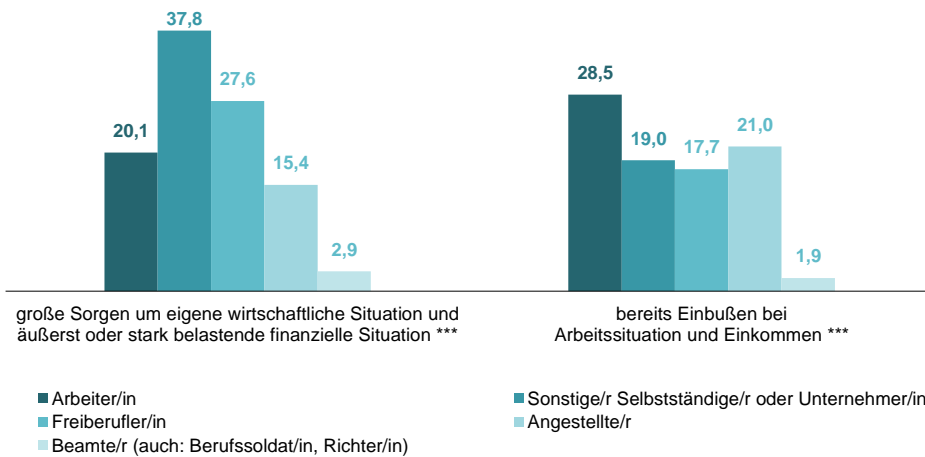


Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.

WSI

Betrachtet man die Stellung der Tätigkeit der Erwerbstätigen, so sind ebenfalls große Differenzen erkennbar. Unter den BeamtInnen werden die Corona-Auswirkungen von kaum jemanden wahrgenommen. Lediglich 3 Prozent der BeamtInnen äußern finanzielle Sorgen und Belastungen und nur 2 Prozent haben Einbußen hinnehmen müssen. ArbeiterInnen mussten relativ häufig Einbußen hinnehmen und auch ein großer Teil von ihnen sorgt sich um die finanzielle Situation. Die im Vergleich der Tätigkeitsstellung größten Sorgen und Belastungen zeigen jedoch die FreiberuflerInnen und sonstigen Selbständigen. Das Ausmaß der Sorgen und Belastungen und Einbußen der Angestellten liegt in etwa auf dem durchschnittlichen Niveau aller Erwerbstätigen.

Abb. 12: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Stellung der Tätigkeit
Angaben in Prozent



Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.
Duncan: Sorgen: FreiberuflerIn, Sonstige SelbstständigeR oder UnternehmerIn > ArbeiterIn > AngestellteR > BeamteR;
Einbußen: ArbeiterIn > AngestellteR, FreiberuflerIn, Sonstige SelbstständigeR oder UnternehmerIn > BeamteR

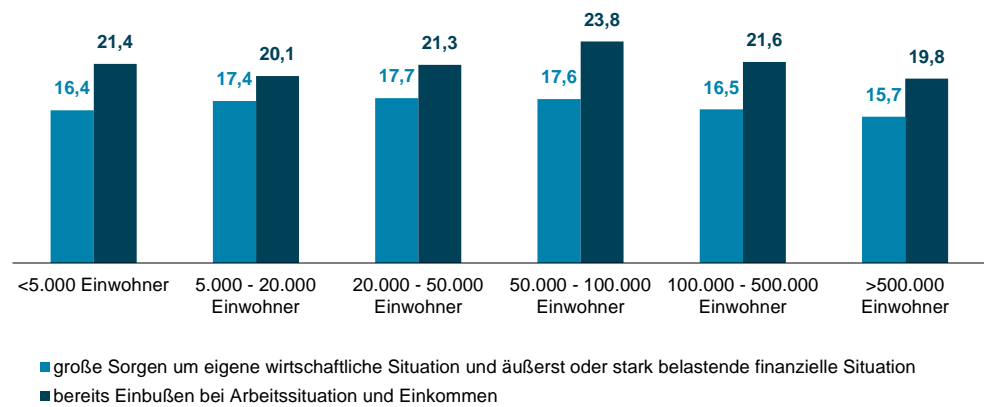
WSI

5.5 Region

Abschließend werden noch zwei regionale Faktoren in den Blick genommen. Zunächst wird die Größe der Gemeinde, in der die Befragten leben, betrachtet (Abb. 13). Hier lassen sich bezüglich der Sorgen und Belastungen jedoch kaum größere Differenzen erkennen, sodass diese unabhängig davon geäußert werden, ob ein Befragter in einem kleinen Ort oder einer Großstadt lebt.

Etwas größer, jedoch immer noch eher unbedeutend, sind die Differenzen bezüglich der Einbußen. Hier zeigen sich Erwerbstätige aus Großstädten mit über 500.000 Einwohnern als signifikant seltener betroffen, als Erwerbstätige aus Kleinstädten (mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern).

Abb. 13: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Gemeindegröße
Angaben in Prozent



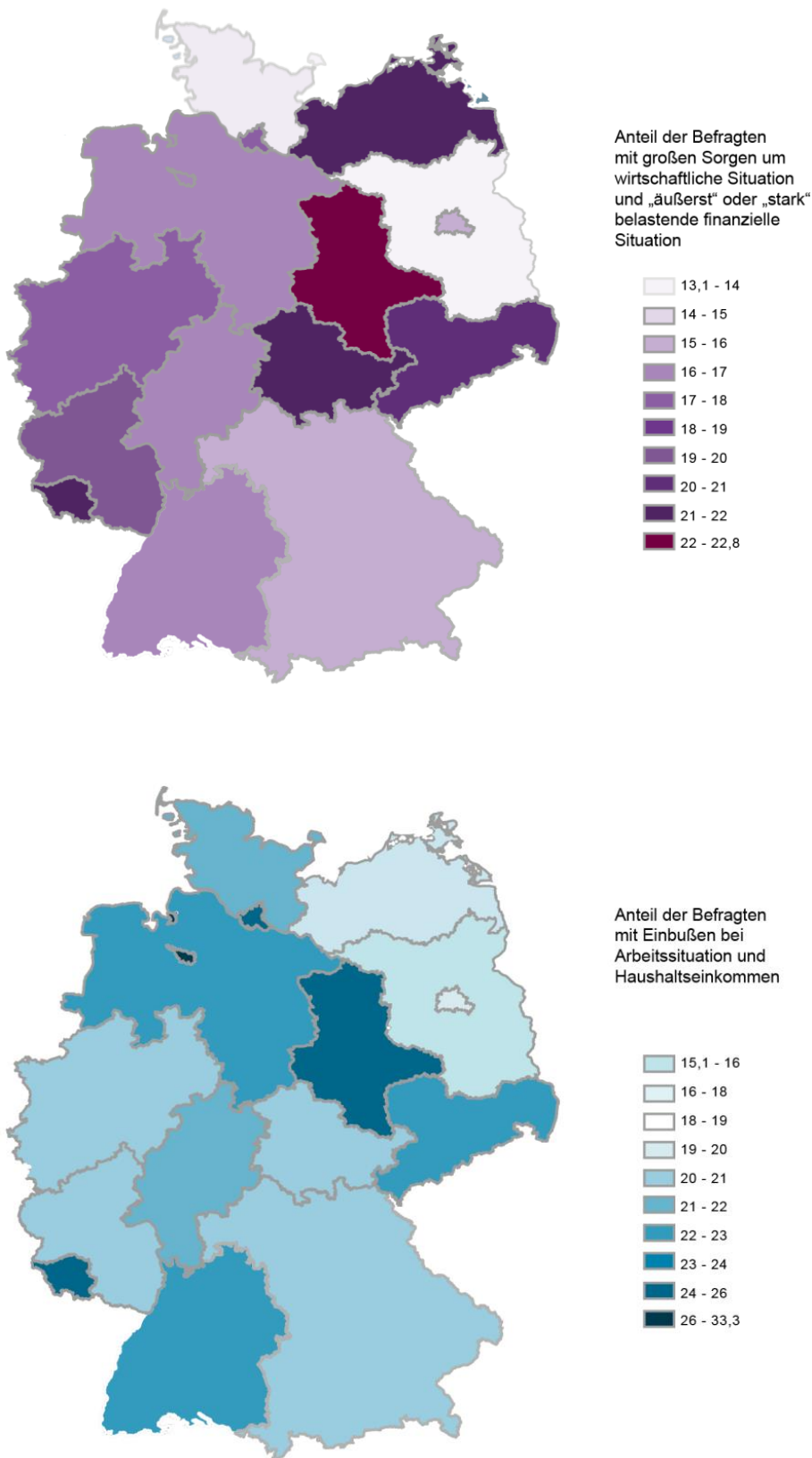
Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.
Duncan: Sorgen: keine signifikanten Differenzen; Einbußen: 50.000-100.000 > ü500.000

WSI

Betrachtet man abschließend die regionale Komponente auf der Ebene der Bundesländer, ergibt sich folgendes – nicht ganz einheitliches – Bild (Abb. 14). Bezüglich der Sorgen und Belastungen fallen mit Ausnahme der Befragten in Brandenburg vor allem Befragte aus den ostdeutschen Bundesländern mit hohen Werten auf. In westdeutschen Bundesländern äußern lediglich Befragte aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz ähnlich häufig Sorge und Belastungen über ihre finanzielle Situation.

Bei den Einbußen fallen Befragte aus Bremen mit sehr hohen Werten auf. Hier sollte man bei der Interpretation jedoch vorsichtig sein, da diese Werte auf nur relativ wenigen Befragten basieren (N=55), da es sich um das bevölkerungsärmste Bundesland handelt. Die Werte der Befragten aus den anderen Bundesländern ergeben sich wie folgt: klar am seltensten äußern Befragte aus Brandenburg Einbußen, gefolgt von Befragten aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, NRW, Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz. Neben Bremen lassen sich für Erwerbstätige aus Sachsen-Anhalt, dem Saarland, Hamburg, und Niedersachsen hohe Werte aufzeigen.

Abb. 14: Sorgen, Belastungen und Einbußen nach Bundesland
Angaben in Prozent



Quellen: Erste Welle der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Gewichtete Werte.



6 Fazit

Die dargestellten Befunde haben gezeigt, dass die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Maßnahmen zumindest kurz- und mittelfristig zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit geführt haben. Die Frage der sozialen Ungleichheit wurde bisher vor allem in Hinblick auf die gesundheitliche Gefährdung diskutiert. Dass Menschen mit niedrigerem sozio-ökonomischen Status eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, an Krankheiten zu erkranken und auch generell eine bedeutend niedrigere Lebenserwartung aufweisen, ist nicht neu dabei (vgl. z. B. Lampert/Kroll 2010). Erste Studien zeigen nun, dass sich diese ungleiche Verteilung auch in der Gefährdung durch das Corona-Virus bestätigt. Menschen aus benachteiligten Schichten sind nicht nur häufiger dem Virus ausgesetzt, sie leiden auch häufiger unter schweren Verläufen einer Corona-Infektion (Wahrendort et al. 2020). Als Gründe für diese soziale Ungleichheiten in der Belastung werden überwiegend die in benachteiligten Schichten weiter verbreiteten Vorerkrankungen, aber auch die schlechteren Wohn- und Arbeitsbedingungen oder auch der schlechtere Zugang zu medizinischer Versorgung angeführt (Quinn/Kumar 2014).

Während dieser Befund der sozial ungleich verteilten Corona-Gefährdung zunächst vor allem in den USA und Großbritannien zu Tage trat, zeigt sich dies nun auch für Deutschland, da auch hierzulande arbeitslose Menschen in Folge einer Corona-Infektion deutlich häufiger als Erwerbstätige in Krankenhäusern behandelt werden müssen. Konkret zeigte sich in einer Studie (Dragano et al. 2020) ein um 84 Prozent höheres Risiko für einen COVID-19-bedingten Krankenhausaufenthalt für ALG2-EmpfängerInnen und ein um 17,5 Prozent erhöhtes Risiko für ALG1-EmpfängerInnen.

Wie Analysen des vorliegenden Policy-Briefs ergänzend zeigen, sind Personen aus benachteiligten Schichten jedoch nicht nur gesundheitlich durch das Virus besonders gefährdet, sondern leiden auch in besonderem Maße unter den sozialen, psychischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie. Die empirischen Befunde weisen deutlich häufiger negative Auswirkungen der Corona-Pandemie für Befragte mit ohnehin schon niedrigem Einkommen und niedriger Schulbildung aus, während Befragte mit hohem Einkommen oder Universitätsabschlüssen nur selten von Sorgen und Einbußen berichten. Dieser Befund wird nochmal deutlich unterstrichen, indem gezeigt wird, um wie viel höher die Belastung bei Befragten in verschiedenen prekären Arbeitsbedingungen ist. Ob befristet, nicht-sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt, mit Werkverträgen oder in Leiharbeit beschäftigt – all diese prekären Arbeitsbedingungen sind mit einem deutlich erhöhten Risiko für negative Corona-Auswirkungen verknüpft.

Zudem spielt auch eine Rolle, in welchen Betrieben die Erwerbstätigen beschäftigt sind. So erwiesen sich insbesondere Erwerbstätige in Betrieben mit wenigen Beschäftigten als besonders stark von den Corona-Auswirkungen betroffen; nicht minder problematisch äußern sich Freiberuf-

lerInnen und Selbständige über ihre Situation. Besonders deutlich wird zudem, dass Tarifverträge und Betriebsräte auch während der Corona-Pandemie einen bemerkenswerten Schutz für Erwerbstätige ausüben. Befragte in mitbestimmten Betrieben äußerten deutlich seltener Sorgen und Belastungen und mussten seltener Einbußen hinnehmen.

Schließlich sind auch nennenswerte Unterschiede in den demographischen Variablen zu nennen. Analog zu den Analysen von Kohlrausch und Zucco (2020) zeigen sich auch hier Frauen sowie Befragte mit Kindern als stärker von den Krisenfolgen betroffen. Ein relevanter und gesellschaftlich besonders problematischer Faktor scheint auch der Migrationshintergrund zu spielen, da dieser unabhängig von anderen Faktoren bedeutend damit verknüpft ist, ob Erwerbstätige Einbußen hinnehmen mussten oder Sorgen und Belastungen empfinden.

Diese Befunde zeichnen ein eindeutiges Bild der hochgradig sozial ungleich verteilten Auswirkungen der Corona-Pandemie. Das dargestellte Potential der Corona-Pandemie für eine weitere Verschärfung und Verfestigung der sozialen Ungleichheit in Deutschland sollte daher unbedingt in den Blick geraten bei der Gestaltung kommender politischer Hilfsmaßnahmen, um der erhöhten Gefährdung benachteiligter Schichten entgegen zu wirken.

Literatur

Bundesagentur für Arbeit (2020): Presseinfo Nr. 24 vom 15.4.2020. Online verfügbar, zuletzt abgerufen am 26.6.20.

Dragano, N./Rupprecht, C. J./Dortmann, O./Scheider, M./Wahrendorf, M. (2020): Higher risk of COVID-19 hospitalization for unemployed: an analysis of 1,298,416 health insured individuals in Germany. Preprint. Online verfügbar, zuletzt aufgerufen am 25.6.20.

Hans-Böckler-Stiftung (2020): Pressemitteilung vom 21.4.2020: Neue Umfrage: Corona-Krise: 14 Prozent in Kurzarbeit – 40 Prozent können finanziell maximal drei Monate durchhalten – Pandemie vergrößert Ungleichheiten. Online verfügbar, zuletzt aufgerufen am 25.6.20.

Hövermann, A. (2020): Aktuelle Belastungswahrnehmung von Eltern. Berechnungen basierend auf der Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar, zuletzt aufgerufen am 25.6.20.

Kohlrausch, B./Zucco, A. (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt – weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. Policy Brief WSI Nr. 40, 05/2020. Online verfügbar, zuletzt aufgerufen am 25.6.20.

Quinn S.C./ Kumar S. (2014) Health inequalities and infectious disease epidemics: a challenge for global health security. Biosecurity and bioterrorism: biodefense strategy, practice, and science.12(5):263–73.

Robert-Koch-Institut (2020). Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) vom 14.4.2020. Online verfügbar, zuletzt aufgerufen am 25.6.20.

Statistisches Bundesamt (2020): Pressemitteilung Nr. 206 vom 9. Juni 2020. Online verfügbar, zuletzt aufgerufen am 26.6.20.

Wahrendorf, M./Knöchelmann, A./von dem Knesebeck, O./Vonneilich, N./Bolte, G./Lehmann, F./, Schmidt, M.J./Butler, J./Schmidt, F./Böhm, C./Lunau, T./Dragano, N. (2020): Will the COVID-19 pandemic and infection control measures increase health inequalities? 2020, Bremen: Kompetenznetz Public Health COVID-19. Online verfügbar, zuletzt aufgerufen am 25.6.20.

AUTOR

Dr. Andreas Hövermann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Projekt: Soziale Lebenslagen und demokratische Integration,
Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

IMPRESSUM

Herausgeber

Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18

40474 Düsseldorf

www.boeckler.de

ISSN 2366-9527

Satz: Daniela Buschke

WWW.BOECKLER.DE